

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

Egon Bahr MdB, Bundesgeschäftsführer der SPD, erläutert das Wahlkampfabkommen: Beitrag zur demokratischen Willensbildung.

Seite 1/2

Kurt Mattick MdB würdigt den zehnten Jahrestag der Erfurter Begegnung: Das Feingefühl für europäische und weltpolitische Realitäten ist gewachsen.

Seite 3

Dietrich Sperling MdB zeigt, was passiert, wenn Bürokraten den Bürokratismus bekämpfen: Bayern und Baden-Württemberg setzen bezeichnende Beispiele.

Seite 4/5

Buchbesprechung

Fritz Sänger zu Heinz Kühns Erinnerungen "Widerstand und Emigration/ Die Jahre 1928-1945".

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 55

19. März 1980

Beitrag zur demokratischen Willensbildung

SPD nimmt die Verpflichtungen des Wahlkampfabkommens ernst

Von Egon Bahr MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Die vier im Bundestag vertretenen Parteien haben sich erstmals seit dem Jahre 1969 wieder über ein Abkommen verständigen können, den bevorstehenden Bundestagswahlkampf nach vereinbarten Regeln fair und sparsam zu führen. Dies ist umso mehr zu begrüßen, da gerade die Auswüchse in den Wahlkämpfen der Jahre 1972 und 1976, in denen es nicht zu einer gemeinsamen Übereinkunft gekommen war, die Notwendigkeit einer solchen Vereinbarung überdeutlich gezeigt haben.

Die SPD hatte bereits im Oktober des Vorjahres ihr Interesse an einer Vereinbarung bekundet. Nach unserer Meinung sollte es drei Elemente enthalten: Begrenzung der Kosten, Eindämmung der kommerziellen Werbung und ein Fairnessabkommen, das von einer Schiedsstelle überwacht werden sollte. Die Schiedsstelle ist nur sinnvoll, wenn sie mit Mehrheit entscheiden kann. Ich habe von Anfang der Gespräche an darauf hingewiesen, daß ohne eine solche Schiedsstelle für die SPD ein Wahlkampfabkommen nicht mehr interessant wäre. Die Unionsparteien haben diesen Standpunkt akzeptiert.

Mit der heute vollzogenen Unterschrift verpflichten sich die Vertragsparteien, die politischen Auseinandersetzungen im Bundestagswahlkampf 1980 in fairer und sachlicher Weise zu führen, das heißt auf Verunglimpfung von Personen und Parteien zu verzichten und kein Werbematerial zu verwenden, das den Wähler über den Urheber im Unklaren läßt. Damit soll mehr oder minder anonymen Hilfstruppen ihr trübes Geschäft erschwert werden.

Die "Gemeinsame Schiedsstelle" wird über die Einhaltung der Vereinbarungen wachen und bei Verstößen tätig werden; von



Ihr festgestellte Verstöße müssen unverzüglich in den Pressediensten der Parteien veröffentlicht werden.

Daß es um die Kassen aller Parteien nicht gut bestellt ist, ist kein Geheimnis. Wir haben der schwierigen finanziellen Situation Rechnung getragen und eine sparsame Wahlkampfführung vereinbart und verpflichtende Obergrenzen festgelegt. Die Ausgaben müssen zur Kontrolle offengelegt werden.

Wir wissen aber auch, daß dies allein nicht ausreicht. Deshalb haben wir gesellschaftliche Gruppen sowie die Presse und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten über das Abkommen informiert und an sie appelliert, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Verantwortlichkeiten um ein entsprechendes unterstützendes Verhalten zu bemühen.

Die Parteien ihrerseits werden bemüht sein, in ihren Gliederungen und Wahlkreisorganisationen auf die Einhaltung dieses am 1. Juli in Kraft tretenden Abkommens hinzuwirken. Wir nehmen diese Verpflichtung ernst. Die Bürger können und müssen erwarten, daß die Vereinbarung mehr ist als schöner Schein. Der Wahlkampf 1980 ist damit auch Prüfstein für den Umgang der demokratischen Parteien miteinander.

Wir haben dieses Abkommen in der Überzeugung abgeschlossen, damit einen Beitrag zu leisten zur demokratischen Willensbildung, wie dies das Grundgesetz als Aufgabe der Parteien festschreibt.

Das Abkommen ist keine Garantie gegen Entgleisungen, zumal es nur für den Umgang der Parteien, die es abgeschlossen haben, gelten kann. Aber es ist eine Chance, Auseinandersetzungen der politischen Auseinandersetzung zu vermeiden, die den Bürger mit Recht abstoßen.

(-/19.3.1980/ks/ca)

+ + + +



Zehn Jahre nach Erfurt

Das Feingefühl für europäische und weltpolitische Realitäten ist gewachsen

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Viele Reisende in den Schnellzügen Berlin-Frankfurt sehen bei der Fahrt durch Erfurt Hauptbahnhof den gegenüberliegenden Erfurter Hof und zeigen immer noch auf das Fenster, an das Willy Brandt 1970 von der jubelnden Menge gerufen wurde. Es muß schon ein historisches Ereignis gewesen sein, wenn es so in der Erinnerung des Bürgers haften geblieben ist.

Vor zehn Jahren, am 19. März 1970, trafen sich zum ersten Mal die Regierungschefs der beiden deutschen Staaten. Willy Brandt beendete damals seine Ausführungen in Erfurt mit den Worten: "Nur wenn wir behutsam und realistisch ans Werk gehen, können wir dem gerecht werden, was unsere eigenen Landsleute und darüber hinaus viele Menschen in Ost und West von uns erwarten." Einen Tag später stellte Brandt vor dem Deutschen Bundestag fest, niemand könne wissen, ob langsam eine Verbesserung der Beziehungen möglich sein werde.

Der Aufbau der Bundesrepublik und ihrer internationalen Stellung war nach dem Kriege maßgebend von den Auseinandersetzungen zwischen Ost und West bestimmt. Die SED-Führung hatte es und hat es immer noch unendlich schwer, sich gegen den Willen der Bevölkerung als Vorposten der Sowjetunion in Mitteleuropa von einer Sowjetischen Besatzungszone zu einem Staat zu entwickeln.

Die Umstellung auf die Entspannungspolitik war in der Bundesrepublik nicht leicht, sie war und bleibt sehr schwer in der DDR. Inzwischen hat diese Politik für beide deutschen Staaten so viele Vorteile gebracht, daß in beiden deutschen Staaten keine Sehnsucht nach einem neuen Kalten Krieg zwischen Ost und West besteht.

Vor zehn Jahren hätte niemand die Prophezeiung gewagt, daß es überhaupt zu irgendeiner Übereinstimmung von Interessen zwischen der Bundesrepublik und der DDR kommen würde. Gute und solide Politik äußern sich nicht darin, daß man den Kontrahenten zu möglichst großen Zugeständnissen verleitet, von denen er - ernüchtert - möglichst schnell wieder herunterkommen möchte. Zusammenarbeit ist nur solide, wenn sie den Interessen beider Kontrahenten entspricht.

In den letzten zehn Jahren seit Erfurt ist nicht nur das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen gewachsen, sondern, was vielleicht noch dauerhafter sein kann, es gibt die Erfahrung, daß es zum beiderseitigen Nutzen ist, wenn die beiden deutschen Staaten miteinander auskommen. Bei den Deutschen ist auch das Gefühl, das Feingefühl für die europäischen und weltpolitischen Realitäten gewachsen. Das wird auch für die Zukunft notwendig sein, eine Zukunft, die von uns noch große Bewährungsproben verlangen wird.

Wenn auch manches erreicht ist, so bleibt unsere Einstellung zur DDR doch voller Zweifel und Skepsis, solange die Führung des Staates ihren Staatsbürgern das Recht auf Freizügigkeit verweigert. Freizügigkeit ist der erste Schritt zur Freiheit, daß nämlich dem Bürger das Recht zur Auswanderung bleibt. Eine Regierung, die gezwungen ist, ihre Bürger einzumauern, hat kein ausreichendes Fundament im Volke, und unser Appell an die Führung des Staates DDR kann immer wieder nur lauten: "Macht die Tore auf!" Wer seinen Bürgern so wenig Vertrauen entgegenbringt, wer die Bürger einzäunt und einmauert, kann nicht souverän werden.

(-/19.3.1979/va-he/ca)

+ + +



Wenn Bürokraten den Bürokratismus bekämpfen

Bayern und Baden-Württemberg setzen bezeichnende Beispiele

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der Bundesrat, die Kammer der Länder, hat eine EntschlieÙung gefaÙt, die sich nennt:

"EntschlieÙung des Bundesrates zur Eindämmung der Vorschriftenflut und zum Abbau perfektionistischer Regelungen."

Die Absicht, die Vorschriftenflut einzudämmen und perfektionistische Regelungen abzubauen ist begrüÙenswert.

Dieser BeschluÙ des Bundesrates ist jedoch eine einzige Polemik gegen die Bundesregierung, mit anderen Worten: Eine Wahlkampfresolution der CDU/CSU-regierten Bundesländer, die sich wieder einmal nicht eines CDU-Parteitages, sondern der Vertretung der Länder, des Bundesrates, bedient haben.

Eine aggressiv antibürokratische Rede hat bei der Debatte diese Resolution im Bundesrat der bayerische Vertreter gehalten. Ich teile seine aggressiv antibürokratische Intention, leider ist er jedoch in den Fehler verfallen, Bürokratisches nur bei der Bundesregierung zu suchen und die Länder zu vergessen. Dies mag daran liegen, daß er als Vertreter von Bayern in Bonn schon zu lange von der angestammten Heimat weg ist.

Franz Josef Strauß sollte ihn zurückholen.

Dann hätte er Zeit und MuÙe, das Gesetz- und Verordnungsblatt der von eben diesem Franz Josef Strauß geführten Staatsregierung zu lesen. Da er dies offensichtlich nicht tut, ist ihm zum Beispiel folgendes entgangen:

- o Die Verordnung über die Beifügung von Zusätzen zu den Grundamtsbezeichnungen der Beamten, der der Aufsicht des bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts, vom 14. April 1978 und
- o die Verordnung über die Beifügung von Zusätzen zu den Grundamtsbezeichnungen der Beamten, der der Aufsicht des bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus unterstehenden Körperschaften, Anstaltungen und Stiftungen des öffentlichen Rechtes.

Im Bereich des bayerischen Staatsministers für Arbeit und Sozialordnung gibt es zum Beispiel in der Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 9, die Bezeichnungen: Technischer Amtsinspektor, Technischer Inspektor, Verwaltungsinspektor.

Im Bereich des bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus gibt es in der Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 9, die Bezeichnungen: Bibliothekinspektor, Technischer Amtsinspektor, Technischer Inspektor, Verwaltungsinspektor.

Diese beiden Verordnungen unterscheiden sich nicht nur im Inhalt, sondern auch in der Art der Kennzeichnung: Während der bayerische Arbeitsminister die Zusätze zu den Grundamtsbezeichnungen nach Paragraph 1 seiner Verordnung durch Fettdruck gekennzeichnet hat, hat der bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus nach Paragraph 1 seiner Verordnung die Zusätze zu den Grundamtsbezeichnungen durch Sperrdruck gekennzeichnet.



Ich möchte mich jedoch nicht zu tief in einer Auseinandersetzung mit den Problemen bayerischer Verordnungen einlassen, denn auch nach der Lektüre der

Verordnung über einen Tarif für Transportleistungen bei der Beförderung schüttbarer Güter aus Steinen und Erden im allgemeinen Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen in Bayern (Landessondertarif schüttbare Güter)

bin ich der Auffassung, daß eine Entbürokratisierung in Bayern nicht notwendig ist, denn sonst wäre der bayerische Vertreter im Bundesrat nicht so energisch gegen die Bürokratisierung beim Bund aufgetreten.

Falls aber Franz Josef Strauß ihn nicht zurückhaben möchte, wüßte ich noch ein anderes Betätigungsfeld für den Vertreter Bayerns in Bonn:

Die Entrümpelung des Gesetzblattes des Landes Baden-Württemberg.

Da steht zum Beispiel in der Verordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt und des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr über Prüfung und Bezahlung von Erzeuger angelieferter Milch (Gütebezahlungsverordnung):

Auf Grund von § 10 Abs. 2, § 20 Abs. 2 Satz 1 und § 27 Abs. 2 Satz 1 des Milch- und Fettgesetzes in der Fassung vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 811), geändert durch Gesetz vom 4. August 1960 (BGBl. I S. 649), § 1 der Verordnung der Landesregierung über die Zuständigkeit nach § 10 Abs. 2 des Milch- und Fettgesetzes vom 25. September 1962 (GBl. S. 189 § 1 der Verordnung der Landesregierung über die Zuständigkeit zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach den §§ 20 Abs. 2 Satz 1 und 22 Abs. 1 des Milch und Fettgesetzes vom 15. Juni 1965 (GBl. S. 100) und § 1 der Verordnung über Auskunftspflicht vom 13. Juli 1923 (RGBl. I S. 723) wird verordnet:

§ 4 die Milch für Käsereien, die überwiegend Emmentaler Käse herstellen, ist monatlich mindestens einmal auf ihre Käseereitauglichkeit mittels Gärprobe nach Anlage 3 zu untersuchen und zu bewerten.

Wenn aus dieser Milch Käse gemacht ist, gerät er in den Wirkungsbereich der

Verordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt zur Änderung der Verordnung für Durchführung der Käseverordnung vom 23. März 1978,

in der verfügt ist, daß die Käseklasse fein in Baden-Württemberg dreieckig gestempelt und die Käseklasse mittel in Baden-Württemberg rechteckig gestempelt wird.

Bleibt nur noch die Frage: Welche Stempel braucht der Beschluß des Bundesrates?
(-/19.3.1980/ks/ca)

+ + +



BuchbesprechungDas Leid im fremden Lande

Zum ersten Band der Erinnerungen von Heinz Kühn

Von Fritz Sänger

Memoiren seien leider nur zu oft wie die Friedhöfe, sagte einmal einer der bekanntesten deutschen Verleger zu mir: Dort liegen die Toten und lügen die Lebendigen. Heinz Kühn hat seine Memoiren so geschrieben, daß sie dieser Meinung widersprechen. Er war zuletzt Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes, des volkreichsten, wie man weiß, Nordrhein-Westfalen. Er hat vorher und danach bis auf den Tag viele öffentliche Ämter und Pflichten gehabt und erfüllt sie noch, diesseits und jenseits der deutschen Grenzen. Er hatte auch aus dem Erleben der Jahre, über die er berichtet, die Chance, Dichtung und Wahrheit in dem bunten Gemisch zu bieten, das man leider wirklich in vielen Lebenserinnerungen findet. Wer in diesem Buch liest, beginnt jedoch vom ersten Abschnitt an den Menschen zu erkennen und glaubt das Menschliche, das ihn getrieben hat. Man geht mit ihm in ein Leben hinein, von dem er schlicht und ohne Pathos berichtet und doch gleich und beiläufig aus der Geschichte der großen Mehrheit der Deutschen zu erzählen beginnt, die in jenen Jahren auf dem Wege zum Staatsbürger waren.

Heinz Kühn kann erzählen! Er tut es in kurzen, selbstständigen Kapiteln, manche nur eine Buchseite lang. Er muß von harten Erfahrungen berichten, und er macht es so, daß der Leser dabei nicht gram wird, vielmehr nicht selten und immer wieder schmunzelnd folgt.

Der Vater war Arbeiter, und weil er nie genug Markstücke bringen konnte, mußte die Mutter hinzuverdienen, in einem Süßwarenladen. 1912 war der Junge in diese Arbeiterwelt hineingeboren worden. In seinem Elternhaus, das ein Schlesier und eine Rheinländerin begründet hatten, gingen die Katholische Kirche und die Sozialdemokratische Partei eine rheinische Gemeinsamkeit ein. Seine Mutter bekam in der Gestapohaft den Spitznamen "Heilige Elisabeth", und sein Vater sei "zwar dem Tauschein nach", aber wie Thomas Mann sagen würde, "religiös unmusikalisch" gewesen.

In Sprache und Lebendigkeit des Berichtes sind diese ersten Kapitel kennzeichnend für das ganze Buch, das viele sehr ernste Seiten hat - wie das Leben. Jederzeit hatte das Geschehen um den jungen, reifenden Mann Beziehung zu grundsätzlichen Fragen der Zeit. Kühn ist es in dem Bericht gelungen, das politische Geschehen geradezu zu privatisieren, indem er, was immer "draußen" und von Regierenden aus geschah, was weltweit interessant war oder die Nachbarn in der Straße direkt anging, gleichsam ins eigene Leben hinein nahm, in das Haus holte, auch in das des Lesers. Man ist dabei. Man lebt es mit. Es ist der Alltag, und Politik ist nicht irgendwo und irgendwas, sondern ganz und gar das wirkliche Leben. Dann aber auch: Wenn er über "die Wurzeln des Dilemmas" schreibt, hat er nicht minder die Begleitung des Zeitgenossen, und der Bericht wird besonders spannend. Kühn erlebt in der Emigration das Leid der Deutschen im fremden Lande, sah, empfand und erlitt es selbst - bis 1945, über ein langes Jahrzehnt hin.

Diese Lebenserinnerungen schrieb einer, den das Leben von Beginn an in die Pflicht genommen hat und nicht wieder ließ, der erfüllte, was zu tun nötig war, zu tun für die anderen - wer es so versteht: für Deinen Nächsten.

Ich habe in den letzten Jahren viele Memoiren zu lesen gehabt. Es ist schwer zu sagen, ob ein anderer Bericht aus einem Leben, das im Dienste der Mitmenschen gestanden hat, mich in gleicher Weise überzeugt habe. Ein zweiter Band wird folgen. Ich denke, viele werden ihn erwarten, wenn sie diesen ersten, nachdenklich und mit vielen Überlegungen, zur Seite gelegt haben. (-/19.3.1980/hi/ca)

Der Band I der Erinnerungen Heinz Kühns sind unter dem Titel "Widerstand und Emigration/ Die Jahre 1928-1945" im Hoffmann und Campe Verlag erschienen.

(Der Beitrag erscheint in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift "Tribüne" Nr. 74)

